

# „Ihre Regierung hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem“

**Rede von Thomas Kutschaty**

**zur 3. Lesung des Haushalts der Landesregierung für das Jahr 2020,  
am 18. Dezember 2019**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

Zeit ist relativ, wie wir seit Albert Einstein wissen.  
Manchmal will sie nicht vergehen.  
Oft geht sie über Dinge hinweg.

Aber noch nie ist die Zeit so schnell über das Programm einer Regierung hinweg  
gegangen wie über das Regierungsprogramm der schwarz-gelben Koalition in  
Nordrhein-Westfalen.

Ihr Programm stammt aus einer längst vergangenen Zeit.  
Sie wollten 2017 dort weitermachen, wo sie 2010 aufhören mussten:  
Mit Marktentfesselung und Privat vor Staat.

Sie verfügen heute über 10 Milliarden Euro mehr als noch Ihre Vorgänger.  
10 Milliarden Euro! Und trotzdem sind Sie nicht in Lage, auch nur eines der  
drängendsten Probleme in Nordrhein-Westfalen zu lösen. Sie gehen diese Probleme  
nicht einmal an. Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei.

Die Wohnungsnot wird immer schlimmer. Sie bedroht mittlerweile die Mitte  
der Gesellschaft. Und trotzdem weigern Sie sich, so stark in den öffentlichen  
Wohnungsbau zu investieren wie es nötig und möglich wäre.

Aber eine Wohnungsnot ist in Ihrem Programm gar nicht vorgesehen.  
Sie wollen Sie nicht wahrhaben und deshalb hören Sie den betroffenen Menschen,  
die sich in einem großen Bündnis organisiert haben nicht mal zu.  
Sie hören weg. Und Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei!

**#SozialerFortschritt**  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.



80.000 Menschen – Eltern, Erzieherinnen und Träger - haben gegen Ihre vollkommen unzureichende Kita-Reform unterschrieben. Über 10.000 haben hier vor dem Landtag demonstriert. Aber Ihre Regierung wollte sie ja nicht einmal empfangen. Jeder mit Sachverstand weiß: Ihre Kitareform ist nicht ausreichend finanziert.

Es wird keine Entlastungen für die Erzieherinnen geben und die Betreuungsqualität wird sich nicht verbessern. Die Kirchen haben Sie gewarnt. Die Bertelsmann Stiftung hat Sie gewarnt. Die freien Träger haben Sie gewarnt und auch die Elternverbände. Aber Sie haben nicht zugehört. Sie ignorieren die Kritik. Sie regieren an den Sorgen und Problemen der Menschen vorbei.

Wenn der Paritätische Wohlfahrtsverband mutiges Handeln gegen die steigende Armutsgefahr fordert, dann hören Sie weg. Denn Armutsbekämpfung ist in Ihrem Regierungsprogramm gar nicht vorgesehen.

Der Lehrermangel wird immer größer, die Wohnungsnot immer schlimmer und trotz Aufschwung wird die soziale Ungleichheit immer größer. Sie haben 10 Milliarden Euro mehr als Ihre Vorgänger. Und trotzdem sind Sie nicht in der Lage, auch nur eines dieser Probleme zu lösen.

Sie regieren an den Problemen des Landes vorbei.  
Das sage nicht nur ich.

Das sagen alle – wirklich alle – Sachverständigen, die Ihren Haushalt bewertet haben.

Der Bund der Steuerzahler lässt kein gutes Haar an Ihrem Entwurf. Es mangle vor allem an „akzentuierten Schwerpunkten“. Mit anderen Worten: Man erkennt überhaupt keine Ziele und keinen Plan. Sie regieren in den Tag hinein und Sie leben vom Hand in den Mund.

Der DGB schreibt:  
NRW steht vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung hat daher große Ankündigungen gemacht. Durch die Ruhrkonferenz soll das Ruhrgebiet den Anschluss finden. Die Entschuldung der Kommunen von Kassenkrediten wurde angekündigt. Der Wohnungsbau soll gesteigert werden. Leider finden sich für alle diese Ankündigungen keine Positionen im Haushalt.“

Dann heißt es: „NRW liegt bei den staatlichen Investitionen von Land und Kommunen pro Einwohner an drittletzter Stelle aller Bundesländer.“

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Weiter: „Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung der Landesregierung, die Investitionen mittelfristig sogar zurückzufahren, absolut kontraproduktiv.“

Der Landesrechnungshof wirft Ihnen Trickereien vor und der Deutsche Beamtenbund kritisiert, dass es überhaupt keine Anstrengungen gibt, den Fachkräftemangel im Öffentlichen Dienst zu beheben.

In einer gemeinsamen Stellungnahme von Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund heißt es, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für die angemessene Finanzausstattung der Kommunen nicht gerecht werde.

Haben Sie auch nur auf eine Kritik reagiert? Nein!

Sie gehen über die Kritik der Sachverständigen komplett hinweg. Kein einziger Sachverständiger fand Ihren Haushalt gelungen. Aber Kritik wird von dieser Regierung systematisch ignoriert.

(Sie hören den Sachverständigen genauso wenig zu, wie mir gerade.)

Diese Regierung ist den Problemen des Landes nicht gewachsen. Und das liegt nicht zuletzt an Ihrer Marktentfesselungsideologie. Dieser Ideologie ist der Grund, warum wir heute nicht den Staat haben, den wir brauchen.

Es gibt zu wenige Ingenieurinnen und Ingenieure im Staatsdienst. Es gibt zu wenige Forstbeamte und zu wenige Polizisten. Unsere Kindergärten brauchen dringend mehr Erzieherinnen und Erzieher. Unsere Berufs- und Grundschulen suchen händeringend nach Lehrkräften. Jede Schule verlangt nach Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitskräften.

Mangel, wohin man schaut. Doch für kein Personalproblem haben Sie eine Lösung. Sie kriegen es nicht in den Griff. Fast jede zweite der rund 1.000 offenen Schulleiterstellen liegt in Nordrhein-Westfalen.

Ich zitiere aus der Stellungnahme des Grundschulverbands NRW:  
„Wie – so fragen wir – halten es die Landtagsabgeordneten eigentlich aus, dass die wichtigste Schulstufe wie ein Stiefkind behandelt wird?“

Eine gute Frage!

Ich bin auf die Antwort des Ministerpräsidenten gespannt.

Aber ich fürchte, dass sie nicht kommen wird.

Denn: Sie hören weg!

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Aktiv werden Sie dagegen, wenn es um Ihre eigenen Personalwünsche geht: Die Personalwünsche Ihrer Staatskanzlei und Ihrer Ministerien. Ganz gleich wie groß die Begehrlichkeiten auch waren, sie wurden bisher immer befriedigt. Das schafft man natürlich nur, wenn man Prioritäten setzt. Und genau das haben Sie getan.

Sie haben sich und den Ministerien seit dem Regierungswechsel 525 neue Stellen gegönnt. 525! Kostenpunkt: 31,5 Millionen Euro im Jahr.

Allein in der Staatskanzlei gibt es jetzt 67 neue Stellen (inklusive Haushalt 2020; Entfristungen nicht mitgerechnet). Es gibt Staatskanzleien in anderen Bundesländern, die haben nur geringfügig mehr Mitarbeiter als Sie neu eingestellt haben.

Und wozu? Was rechtfertigt einen solchen Stellenzuwachs in nur zwei Jahren, Herr Laschet?

In der letzten Plenardebatte haben Sie versucht den Eindruck zu erwecken, als gehe der Stellenzuwachs allein auf neue Zuständigkeiten zurück: für den Sport, für das Ehrenamt oder für die sogenannte Ruhrkonferenz.

Das ist allerdings nicht ganz richtig. Wenn ich all die Stellen abziehe, die für neuen Aufgaben und auch Entfristungen angemeldet worden sind, lande ich immer noch bei 40. 40 Stellen. Nur für Ihren Apparat und Ihre Regierungs-PR.

Deshalb quillt Ihre Staatskanzlei über vor neuen Mitarbeitern, während die Geschäftsstellen der Jungen Union mittlerweile so aussehen wie ein verlassener Saloon im Wilden Westen.

Wie man hört, machen sich ja sogar schon Minister lustig über Ihre Personalpolitik.

„Müssen die was können? Oder sollen die von uns sein?“

Das ist doch ein geflügeltes Wort auf den Fluren der Staatskanzlei und anderer Ministerien.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Anrede,

hunderttausende Eltern im Land suchen nach Betreuungsplätzen für ihre Kinder oder sorgen sich um die unzureichende Hausarbeitenbetreuung in den Ganztagschulen. Ich habe Eltern getroffen, die deshalb ihre Kinder aus der OGS wieder abmelden, um ihnen selbst bei den Hausaufgaben zu helfen.

Dafür müssen sie aber ihre Stunden reduzieren und auf Einkommen verzichten. Viele andere machen sich die gleichen Sorgen, können sich aber Reduzierung ihrer Arbeitsstunden gar nicht leisten.

Und was sagt der Ministerpräsident diesen Menschen?  
Dass eine Kanzlerkandidatur für ihn derzeit kein Thema sei.

So regiert man an den Sorgen der Menschen vorbei.

Wenn die Menschen im Stau stehen oder die Züge überfüllt sind, dann behauptet Ihre Landesregierung einfach, dass die Staus angeblich kürzer würden. Der Ministerpräsident fliegt derweil mit dem Hubschrauber - zum Beispiel zu einem Jugendreitturnier.

Was sagt der Ministerpräsident den Hunderttausenden Menschen in Nordrhein-Westfalen, die verzweifelt nach einer Wohnung suchen oder die Angst haben, dass sie sich das Leben in ihrer Heimat bald nicht mehr leisten können.

Er sagt ihnen, dass er demnächst in einem Tatort-Krimi zu sehen sein wird. Einen ganzen Arbeitstag sollen die Dreharbeiten in Anspruch genommen haben.

Tatort statt Tatkraft ist wohl das neue Motto Ihrer PR-Abteilung.

Sie brauchen vielleicht solche Marketinggags. Ich gönne sie Ihnen zumindest.

Ja wirklich, ich gönne Ihnen das. Ich kann Sie für Ihre Zukunftsplanung nur ermutigen, auf solch ein zweites Standbein zu setzen. „Let's Dance“, „Frauentausch“, „Dschungelcamp“ – wir sind gespannt, was da nach 2022 noch alles so kommt.

Ich habe auch gelesen, dieser Tatort, für den Sie angefragt wurden, sei ein sogenannter Improvisations-Tatort. Also ohne Plan. Schauen, was sich so ergibt. Dass man da auf Sie kommt, Herr Laschet, überrascht mich nicht. Sie haben ein Talent zur Improvisation: Geht ein Stapel Klausuren verloren, kriegen halt alle eine 1 oder eine 2.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Herr Bosbach war in diesem Jahr auch sehr häufig in Jurys zu beobachten. Bei der Miss-Germany-Wahl oder der ultimativen Chartshow zum Beispiel. Allein da hat er sich länger aufgehalten, als in der nach ihm benannten Kommission zur Inneren Sicherheit. Was macht die überhaupt gerade?

Wenn allerdings die Kirchen in brennender Sorge um die Finanzierung der Kindertagesstätten an Sie appellieren, schicken Sie nicht einmal die berühmte Empfangsbestätigung. Dafür haben Sie keine Zeit!

Wenn der Deutsche Gerichtsvollzieherbund Sie anschreibt und wegen der stark steigenden Zahl von Angriffen um Ihre Hilfe bittet, dann bekommen die Kolleginnen und Kollegen nicht einmal eine Antwort.

Dabei haben Sie doch noch am 21. Mai beim Gewerkschaftstag des Deutschen Beamten Bundes zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erklärt: „Es gab früher die Praxis, dass man manchmal wegen Bagatellen auch Verfahren eingestellt hat – Wir stellen keine Verfahren wegen angeblichen mangelnden öffentlichen Interesses mehr ein. Jedes Verfahren wird jetzt verfolgt.“ Zitatende.

Wir haben bewusst sechs Monate ins Land gehen lassen und dann im Rechtsausschuss nach dem Stand gefragt.

Zitat aus dem schriftlichen Bericht von Minister Biesenbach: „Jeder Praktiker weiß: Es werden immer Fälle bleiben, in denen eine Einstellung sachgerecht sein kann.“ Der Justizminister widerspricht dem Ministerpräsidenten öffentlich! Konsequenzen? Keine!

Ihre Ankündigung beim Deutschen Beamten Bund ist also ein leeres Versprechen. Das weiß jeder Praktiker. Fragen Sie mal Herrn Biesenbach. Ich fürchte, das hat er auch schon wieder vergessen.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Anrede,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ihre Regierung hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem.  
Keine Ihrer Vorgängerinnen ist so oft der Unwahrheit überführt worden wie Ihre.

Damit muss jetzt Schluss sein.  
Das ist einer Regierung unwürdig.

Herr Ministerpräsident, Ist es Ihnen wirklich egal,

- dass Ihrem Regierungssprecher niemand mehr über den Weg traut?
- Ist es Ihnen wirklich gleichgültig, dass Ihrem Innenminister regelmäßig Unwahrheiten nachgewiesen werden, die er mit Erinnerungslücken und Schusseligkeit zu erklären versucht?
- Und wollen Sie wirklich darüber hinwegsehen, dass Ihr Justizminister seinen letzten Rest Glaubwürdigkeit verschwendet, nur um irgendwie im Amt kleben zu bleiben?

Herr Laschet, Sie wollen doch immer den Bayern nacheifern:  
Laptop und Lederhose. Herausgekommen ist bisher aber nur Handy und Hosentasche. So telefoniert angeblich Ihr Justizminister. Niemand glaubt ihm mehr. Nutzen Sie Ihre Organisationsgewalt und beenden Sie diese Tragikomödie. Er selber hat ja nicht mehr die Kraft dafür.

Es ist eben nicht egal, ob es einer Regierung an Wahrhaftigkeit mangelt oder nicht.

Herr Ministerpräsident,

Sie könnten für Ihre Glaubwürdigkeit auch eine Menge tun, wenn Sie hin und wieder mal ein Wahlversprechen einhalten würden. In der letzten Legislaturperiode haben Sie sich bitterlich über die Erhöhung der Grunderwerbssteuer beschwert. Sie sei eine unerträgliche Belastung junger Familien, haben Sie damals gesagt.

Jetzt könnten Sie in einem Handstreich die Grunderwerbssteuer wieder senken.  
Aber Sie tun es nicht. Versprechen gebrochen.

Liegen Ihnen junge Familien nicht mehr am Herzen?

Herr Laschet,  
ich mache Ihnen einen Vorschlag.  
Sie und Ihre Koalitionsfraktionen könnten heute unserem Antrag zustimmen und die

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Kitagebühren in NRW komplett abschaffen. Keine Steuersenkung würde junge Eltern stärker entlasten als die Abschaffung dieser Gebühren, und dazu muss man sich noch nicht mal ein Haus kaufen. Es geht für Normalverdiener um tausende Euro im Jahr.

Im Gegenzug verspreche ich Ihnen im Namen meiner Fraktion, dass wir das Wort „Grunderwerbssteuer“ nie wieder in den Mund nehmen. Das Thema ist dann erledigt – und junge Eltern von Gebühren entlastet. Das ist mein Angebot! Ich kann mich noch gut an die Haushaltsdebatten 2015 und 2016 erinnern - als Armin Laschet, Christian Lindner und Hendrik Wüst wie Rumpelstilzchen schimpften, weil das Wachstum in NRW nur 0,9 bzw. 1 Prozent betrug.

Jetzt haben wir zwei Jahre die sogenannte Entfesselung erlebt und was ist das Ergebnis?

Gerade mal 0,1 Prozent Wachstum im ersten Halbjahr. Wenn wir Glück haben, kommen wir im Jahresschnitt vielleicht noch auf 0,3 Prozent. Aber auch das wäre deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und ändert nichts daran, dass die Industrieproduktion schrumpft. Allein 1,6 Prozent im ersten Halbjahr 2019.

Im Gegensatz zu Ihnen früher, behaupte ich übrigens nicht, dass für die Wachstumsdelle die Landesregierung verantwortlich ist. Schon gar nicht einzig und allein. (Das wäre heute genauso unsinnig, wie es damals unsinnig war.)

Aber ich halte fest, dass zur Regierungszeit von SPD und Grünen das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen drei Mal so stark war wie unter CDU und FDP heute. Ihre Entfesselungspolitik wirkt nicht. Sie bringt keine neuen Impulse. Sie ist erfolglos. Schlimmer noch: Sie machen sich damit lächerlich. Die Hygiene-Ampel wurde als angebliches Bürokratie-Monster abgeschafft und zugleich der Hygiene-Führerschein eingeführt. So viel Entfesselungspolitik kann ja nur beeindrucken!

Viel schlimmer ist allerdings, was Sie in der Energiepolitik anrichten. Energiepolitik ist mehr denn je Industriepolitik. Aber das haben Sie immer noch nicht begriffen. Verstehen Sie denn nicht, was für ein Fanal die Investitionsentscheidung von Tesla in Brandenburg gewesen ist?

Der amerikanische Tesla-Konzern will dort eine Autofabrik bauen. Der letzte ausländische Autokonzern, der Deutschland als Produktionsstandort wählte, war Ford: vor 93 Jahren.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**





Teslas Ankündigung hat große symbolische Kraft. Mitten im Mutterland des Verbrennungsmotors errichtet der Vorreiter der Elektromobilität in eine eigene Fabrik. Die Autos, die dort montiert werden sollen, werden ihren Nutzwert mindestens so sehr durch intelligente Software wie durch ausgeklügelte Hardware erhalten. Auch das ist ein Symbol für den Strukturwandel, den unsere Wirtschaft durchlaufen wird.

Aber warum hat sich Tesla für Brandenburg entschieden und nicht für Nordrhein-Westfalen? Ich werde es Ihnen sagen: Weil Tesla grünen Strom für seine Produktion braucht. Und den bekommt der Konzern in Brandenburg - dank der Windenergie.

In Nordrhein-Westfalen bekommt Tesla den grünen Strom nicht, denn hier macht die Landesregierung die Windenergie kaputt! Deshalb entstehen die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung jetzt an Oder und Elbe und eben nicht an Rhein und Ruhr.

Immerhin scheinen auch die schwarz-gelben Minister zu bemerken, dass die Zeit über ihre Energiepolitik hinweg gegangen ist. Ich kann mich noch gut an die Auseinandersetzungen erinnern, die wir hier über das rot-grüne Klimaschutzgesetz führen mussten. Kein anderes Gesetz wurde von der damaligen Opposition schärfer kritisiert als dieses.

Armin Laschet nannte das Klimaschutzgesetz eine „völlig unsinnige ideologische Spielweise“ (10.09. 2014 / 16/65 S.6530). Und Hendrik Wüst, in seiner unnachahmlichen Art, bezeichnete es als – Zitat - „Schweinerei“ (PL-P 16/78, S.7945). (Ja, das war das Niveau der Auseinandersetzung damals.)

Und tatsächlich:

Heute prahlen Armin Laschet und Andreas Pinkwart damit, dass Nordrhein-Westfalen seine selbstgesteckten Klimaziele sogar übertroffen habe. Man könnte fast meinen, das Gesetz sei Ihre Idee gewesen.

Das Problem ist nur, dass Ihre klimafreundlichen Reden nichts mit Ihrem Handeln zu tun haben.

Ihr Kabinett hat eine Energieversorgungstrategie vorgelegt, die nur aus Absichtserklärungen besteht. Bis 2030 sollen die Energieleistungen aus Wind und Sonne auf 10,5 bzw. 11,5 Gigawatt verdoppelt werden. Schön und gut.

Wie das gelingen soll? Still ruht der Wald. Tatsächlich reduziert die Landesregierung mit ihrem 1.500-Meter-Erlass die verfügbaren Flächen für Windenergie um mehr als zwei Drittel! Zwei Drittel! Sie sabotieren mit Ihrer Politik die Energiewende in NRW. Und das wird Folgen haben: für Investitionen und für Arbeitsplätze.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Tesla wird nicht der einzige Konzern bleiben, der von Investitionen in NRW absieht oder vielleicht sogar Produktionsstandorte verlagert, weil hier keine moderne Energie- und Industriepolitik gemacht wird.

Herr Pinkwart schmückt sich zwar gerne mit hippen Startups und Marketingsprechblasen wie „Rheinland Valley“. Die realexistierenden Stärken unseres Landes blenden Sie dabei völlig aus: Ich spreche vom industriellen Mittelstand in OWL, in Südwestfalen, im Münsterland und in Teilen des Ruhrgebiets. Hier muss der digitale und ökologische Wandel gelingen. Und diesen Wandel darf man nicht entfesselten Märkten überlassen.

Damit unser Automobilzuliefer-Sektor in Südwestfalen den Wandel packt, brauchen wir eine aktive Industriepolitik mit massiven öffentlichen Investitionen: in digitale Netze, in neue Energiesysteme, in neue Verkehrssysteme und in die Entwicklung neuer Technologien.

Bisher leistet die Politik der Landesregierung das nicht. Sie regieren auch hier an den Herausforderungen der Zeit vorbei. Ihre Wirtschaftspolitik ist eine Enttäuschung. Sie hören weg! Auch hier wieder.

Meine Damen und Herren, eines der größten Probleme unserer Kommunen ist die enorme Last der Altschulden. Wir brauchen dringend eine Entschuldung unserer Städte. Hessen und das Saarland sind bereit, sich an einer Entschuldung durch den Bund zu beteiligen.

Nur die Regierung des Landes, dessen Menschen am stärksten von einer Entschuldung profitieren würde, verweigert jede Eigeninitiative. Herr Laschet, Herr Lienenkämper, Frau Scharrenbach, das geht so nicht weiter.

Nehmen Sie jetzt mal die Hände aus den Hosentaschen und zeigen Sie Eigeninitiative in der Entschuldungsfrage. Das gebietet Ihre staatspolitische Verantwortung für dieses Land. Kommen Sie ihr nach! Vor zwei Wochen war Bundesfinanzminister Olaf Scholz bei uns zu Besuch. Und er hat den Kommunen Hilfe angeboten. Wenn das Land auch hilft. Und was passiert? Nichts.

Nichts! Sie hören weg!

Kommunen entschulden und den Menschen helfen! Das würde dem Revier viel mehr helfen als ein Dutzend Ruhrkonferenzen.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Mit einer auskömmlichen Kindergrundsicherung, mit einem Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde und mit einem Zwang zur Tarifbindung könnten wir in sehr kurzer Zeit sehr große Erfolge gegen die Armut erzielen und die Kaufkraft deutlich steigern – nicht nur im Ruhrgebiet, aber vor allem im Ruhrgebiet.

Wenn sich die CDU in diesen Fragen bewegen würde, hätten wir überwältigende Mehrheiten für diese Projekte, im Bundestag und auch in diesem Landtag.

Lassen Sie sich doch nicht länger von neoliberalen Ideologen einschüchtern.

Wir könnten jetzt mit einem Fortschritts- und Investitionsprogramm in eine neue Zeit aufbrechen. Und wenn Sie schon unbedingt an der Schuldenbremse festhalten wollen, dann sollten wir doch zumindest die Vermögenssteuer wieder einführen. 70 Prozent der Deutschen sind dafür. Selbst 60 Prozent der Unions-Anhänger sind dafür und sogar über 50 Prozent der FDP-Anhänger.

Sie haben also nichts zu verlieren. Warum zögern Sie?

Die Vermögen in Deutschland sind wieder so ungleich verteilt wie vor etwa hundert Jahren. Eine Vermögenssteuer ist also ein Gebot der Gerechtigkeit. Aber sie ist mehr als das. Sie ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft!

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte der Staat bis zu 20 Milliarden Euro damit einnehmen. Und der Staat sind in diesem Fall die Bundesländer, denn die Vermögenssteuer ist eine Landessteuer. Das hieße grob überschlagen: vier Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen. Pro Jahr.

Damit bauen wir die beste Infrastruktur und das beste Bildungssystem in ganz Europa. Worauf warten wir noch? Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen werden während dieser Haushaltsdebatte 90 Kinder geboren.

Ich kann zwar nicht hellsehen, aber ich kann trotzdem mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welchen Bildungsabschluss diese Kinder in 18 Jahren sehr wahrscheinlich erreichen und zu welchem Einkommensdrittel sie gehören werden. Für diese Vorhersage muss ich nur zwei Dinge wissen: den Bildungsabschluss ihrer Eltern und das Einkommen ihrer Eltern.

Leider sagt die Postleitzahl mehr über die Zukunftschance eines Kindes aus als das Talent. Das ist die Wahrheit über den Stand der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in unserem Land.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Es ist Zeit, dass wir das Problem an der Wurzel packen. Gerne auch gemeinsam. Und das geht nur, wenn man Prioritäten setzt. Wir müssen dort in Bildungsgerechtigkeit investieren, wo es am wenigsten davon gibt. Wir müssen dort investieren, wo viele Kinder aus armen Familien kommen, wo es soziale Spannungen gibt und wo viele Kinder Sprachprobleme haben.

Löschen, wo es brennt, muss unsere Devise lauten. Und das geht nur mit einem schulscharfen Sozialindex. Ihre 60 Talentschulen sind bestimmt gut gemeint. Aber sie sind keine Lösung. Abgesehen davon, dass Sie viel zu wenige Schulen fördern, geht Ihre Förderung am Bedarf vorbei.

Alexander Schäfer hat es in einem Kommentar im Westfälischen Anzeiger auf den Punkt gebracht: Sie fördern Schulen, deren Lehrer geschickt darin sind, Anträge zu formulieren. Aber Sie fördern nicht die Schulen, deren Kinder besonders dringend eine Förderung brauchen.

Herr Schäfer fragt zu Recht, ob es vielleicht „am Parteibuch der Schulministerin liegt, dass mehr Gymnasien als Hauptschulen gefördert werden?“ Diese Frage müssen Sie sich auch selbst stellen, Frau Gebauer. Und Sie sollten ehrlich zu sich sein.

Meine Damen und Herren,  
es gibt 1.000 sogenannte Standorttyp 5 Schulen in Nordrhein-Westfalen, Schulen in und mit besonderen Problemlagen. Und dann müssen auch alle 1.000 Schulen die Förderung bekommen, die sie benötigen. Das ist teuer. Aber es ist möglich.

Es ist eben dann möglich, wenn man die richtigen Prioritäten setzt und nicht an den Problemen der Menschen vorbei regiert. Trotz des zehnjährigen Aufschwungs ist unser Land heute tiefer gespalten als es das vor der großen Wirtschafts- und Finanzkrise war: Ökonomisch, kulturell, politisch.

Von dieser Spaltung profitiert vor allem die politische Kraft Rechtsaußen in diesem Parlament. Es ist die AfD.

Diese Partei ist der Grund dafür, warum sich so viele unserer jüdischen Landsleute mit Gedanken an Auswanderung quälen. Denn die AfD ist der politische Arm des antisemitischen Rechtsradikalismus in Deutschland. In Thüringen wird diese Partei von einem Mann geführt, der „Remigrationsprojekte für kulturfremde Menschen“ fordert, der dabei „wohltemperierte Grausamkeiten“ für nötig hält und seine politischen Gegner mit „starkem Besen“ vertreiben will.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Das sind die Deportations- und Gewaltphantasien eines Faschisten. (Björn Höcke ist ein in der Wolle gefärbter Faschist.) Und alle AfD-Mitglieder, die hier sitzen, haben nicht den Willen oder die Kraft, diesen Faschisten und seine faschistischen Anhänger aus der Partei auszuschließen. Sie nennen sich selbst eine konservative Partei. Aber das ist nicht wahr. Ich kenne den Unterschied zwischen Konservativen und Rechtsradikalen. Die Anständigen haben ihre Partei längst verlassen und die Verbliebenen müssen sich fragen, warum sie immer noch dabei sind.

Sie gebären sich gerne als Arbeiterpartei. Aber auch das ist eine Lüge. Sie alle schauen auf Menschen mit geringen Einkommen doch mit der gleichen Verachtung und Geringschätzung wie auf Flüchtlinge und Einwanderer. Wann immer Sie können, stimmen Sie gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Bundestag genauso wie hier im Landtag.

Zu Altersarmut, Kinderarmut, Lehrermangel, Ärztemangel, Pflegenotstand, Wohnungsnot, Cum-Ex-Skandal hört man von Ihnen nichts. Doch überall dort, wo Ihresgleichen regiert – in Ungarn, in Österreich oder den USA – haben Ihre Parteikumpane die Interessen der Arbeiter verraten. Repression und Einschüchterung – das sind Ihre Markenzeichen!

Rechtspopulisten sind Arbeiterverräter!

Ihre Partei wird auf Dauer isoliert bleiben und das ist auch gut so. Es mag nach den vergangenen Wahlen verstörende Debattenbeiträge über Koalitionen oder Tolerierungen gegeben haben. Dennoch bin ich mir sicher, dass Liberale und Christdemokraten der AfD nicht die Hand reichen werden. Nicht in Nordrhein-Westfalen und auch nicht in Thüringen. Nirgendwo.

Es gibt kein Appeasement mit Faschisten.

Wir werden Ihnen dieses Land nicht noch einmal ausliefern.

Wir werden es Ihnen nie wieder ausliefern!

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



Meine Damen und Herren,

ich bin davon überzeugt, dass wir die Spaltung unserer Gesellschaft überwinden können.

Auf unser Land kommen enormen Veränderungen zu. Umso wichtiger ist es, dass die demokratische Politik jetzt für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserem Land Partei ergreift: für Handwerker und Erzieherinnen, für Lehrerinnen und Maschinenführer, für die Frauen und Männer, die für uns alle fahren, putzen, kochen und reparieren, die erfinden, entwickeln und bauen.

Denn bei allem, was sie unterscheiden mag, sind sie doch in vielem gleich. Sie sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mieterinnen und Mieter, Eltern und Großeltern.

Zusammen sind sie die Vielen - mit vielen Gemeinsamkeiten. Sie brauchen gute und bezahlbare Wohnungen. Deshalb sollte eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft dort für bezahlbare Wohnungen sorgen, wo der Markt versagt.

Ihre Kinder haben ein Recht auf Chancengleichheit: Deshalb sollten wir jetzt in unsere Schulen und Kindergärten investieren, insbesondere dort, wo es bisher zu wenig Bildungs- und Aufstiegschancen gibt.

Den Mangel an Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen können wir dadurch bekämpfen, indem wir sie gerecht und angemessen bezahlen. Befreien wir die jungen Eltern von Kitabeiträgen! Schützen wir Hausbesitzer von Straßenausbaubeiträgen und investieren in die Sanierung von Straßen und den Ausbau digitaler Netze.

Für all das hat meine Fraktion Haushaltsanträge mit einem Volumen von einer Milliarde Euro gestellt, solide gegenfinanziert.

Das zeigt:  
Sozialer Fortschritt ist möglich.  
Für die Vielen.  
Nicht nur für Wenige.

Herzlichen Dank!

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**